

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	23. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	26. April 2016, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

18.

Punkt 17 der Tagesordnung: Nachhaltige Essensversorgung bei der Stadt Karlsruhe
Vorlage: 2016/0170

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 17 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Es ist sicherlich wichtig, dass wir darauf Wert legen, dass vor allem im Bereich der Kindertagesstätten und auch der Schulen, dort wo vor allem Kinder und Jugendliche versorgt werden, ordentliches Essen geboten wird. Es ist aber eine große Spannweite. Es gibt nicht das eine und andere, dass man sagt, es gibt schlechtes Essen oder es gibt Bio-Essen. Es ist sehr wichtig, dass wir den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung folgen und diese Kriterien anlegen für die Versorgung. Damit ist gewährleistet, dass regionale Produkte mit in die Waagschale geworfen werden, und dass hier ein wirklich qualitätsmäßig gutes Essen möglich ist.

Stadträtin Moser (SPD): Mehr Bio-Essen in Karlsruher Kantinen und außer-Haus-Verpflegung, ebenso wie regional erzeugte und saisonale Lebensmittel, sind ein bedeutender Schritt zu nachhaltiger Verpflegung. Dies ist der SPD-Fraktion seit langem ein wichtiges Anliegen, vor allem bei der Verpflegung von Kindern und Jugendlichen. Gerade Kinder und Jugendliche werden schon in der Jugend von ihrem späteren Essensverhalten geprägt. Dies ist gerade in heutiger Zeit besonders wichtig, da immer wieder von ungesunder Ernährung, Übergewicht, ernährungsbedingten Krankheiten und mangelnder Bewegung die Rede ist. Mit dem Konzept „Nachhaltige Essensverpflegung bei der Stadt Karlsruhe“ ist ein erster Schritt getan. Das Konzept zeigt, dass ein 25%iger Bioanteil bei der Außer-Haus-Verpflegung pro Essen ca. 20 Cent mehr kostet. Wir alle wissen, dass Biolebensmittel bei den Kosten, insbesondere bei Fleisch und Fisch, beson-

ders zu Buche schlagen. Andere Städte sind schon weit. Z. B. hat München einen 50%igen Bioanteil bei Kitas und Schulen, auch wenn dort eine Fleischportion ca. 43 Cent Mehrkosten verursacht. Die Finanzierung muss jedoch in der weiteren Diskussion geklärt werden. Eine Finanzierung aus kommunalen Mitteln ist derzeit schwierig umzusetzen. Es müsste geprüft werden, ob und in welcher Höhe die Eltern beteiligt werden können, wenn die Mehrheit der Eltern einer Einrichtung sich für ein Bio-Essen entscheidet.

Unbedingt umgesetzt werden müssen die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, ebenso wie die Verwendung von regional, also kurze Wege, und saisonal erzeugten Nahrungsmitteln. Keine Erdbeeren z. B. im Winter oder im Februar, wenn sie bei uns noch nicht reif sind oder gar nicht wachsen, und zwar nicht nur bei Ausschreibungen für die Schulen, sondern auch für die Kitas, was bisher noch nicht der Fall ist. Dies erachte ich für unbedingt erforderlich und hat höchste Priorität. Herzlichen Dank an die Verwaltung für die ausführliche Darstellung des Sachverhaltes. Ich wünsche uns, dass wir uns weiter auf dem Weg zu gesünderem und nachhaltigerem Essen fortbewegen zum Wohle der Gesundheit unserer Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich möchte mich als Erstes für meine Fraktion sehr herzlich bei der Stadtverwaltung bedanken, dass wir eine solche umfangreiche und auch sehr klar in ihrer Konzeption vorgelegte Vorlage bekommen haben. Wir wissen jetzt, dass Bio-Essen in Kantinen möglich ist und vor allem auch in Kindergärten und in Schulen, dass es machbar ist, dass es umsetzbar ist, und dass die Vorgabe, zunächst mal 25 % zu klären, wie sich das umsetzen lässt, dass es ein guter Einstieg ist. Einstieg mit 25 % bedeutet, dass wir ganz klar auch aus der Region jetzt saisonale, regionale und Bioprodukte auch in unsere öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Kantinen übernehmen können. Sie haben, Herr Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung, uns keinen Umsetzungsplan mit geliefert, sondern wir haben das auch im Ausschuss besprochen, dass Sie uns lediglich diese umfangreiche Vorlage geben und wir nun als Gemeinderat gefordert sind zu entscheiden, wie wir damit umgehen.

Da kann ich für meine Fraktion ganz klar sagen, wir haben aufgrund dieser Vorlage jetzt auch den festen Willen, auch dieses Konzept mit dem Einstieg in 25 % umzusetzen. Natürlich ist jetzt klar, dass wir als Gemeinderatsfraktionen uns darüber verständigen müssen, auf welche Weise wir das tun können. Bei den 25 % Biolebensmitteln, die jetzt dann mit der Errechnung nur 20 Cent mehr kosten als die bisherigen Produkte aus weitgehend konventioneller Haltung und aus der konventionellen Landwirtschaft, ist zu berücksichtigen, dass auch bisher zum Teil regionale und saisonale Produkte verwendet wurden. Die bisherigen Produkte werden nur um 20 % teurer. Das liegt aber auch daran, dass wir in der Vorlage auch beschrieben bekommen haben, dass der Ernährungsplan auch etwas umgestellt wird. D. h. es werden regionale und saisonale Produkte mehr eingebunden werden und es müssen auch die tierischen Anteile dann an der Ernährung reduziert werden. Nur aufgrund dieser Möglichkeit kann die Erhöhung um 20 % begrenzt werden.

Das ist auch eine sehr gute Botschaft, denn wir wissen aus den ganzen bundesweiten Studien, dass Kinder ohnehin zu fett, zu wenig Gemüse und Obst und zu viel Süßes essen, sodass wir sozusagen in den öffentlichen Schulkantinen dafür sorgen können,

dass ein gesundes Ernährungsbewusstsein entsteht. Wenn wir das in den Schulen und Kitas haben, und da werden die meisten Gerichte auch in Karlsruhe angeboten, das haben wir auch aus der Studie, dass die meisten Mahlzeiten tatsächlich in dem Bereich ausgegeben werden, dann hat es natürlich auch eine Auswirkung auf die Familien, wenn das entsprechend kombiniert wird mit einer Motivationskampagne. Ein Element muss sicher auch sein, dass wir in eine Öffentlichkeitskampagne, eine Werbekampagne Bio, damit machen, und dass die Stadt Karlsruhe sich dann auch dem Netzwerk der Biostädte anschließt. Es ist auch in der Vorlage dargestellt. Dann müssen wir eben klären, wie wir es umsetzen. Einige Kommunen haben es so gemacht, dass sie auch einen Teil der Erhöhungen selber getragen haben, z. B. Pforzheim. Andere Kommunen haben es weitergegeben. Ich sehe aber nicht, dass wir noch weiter erhöhen können, nachdem wir heute, der Gemeinderat, mehrheitlich gegen unseren Willen, beschlossen hat, auch die Preise für die Schulverpflegung zu erhöhen. Da müssen wir noch klären, wie wir es umsetzen können, aber dass wir es umsetzen sollten und dieses auch eine gute Investition ist für unsere Kinder und Jugendlichen und für das gesunde Karlsruhe, steht fest. Deshalb wollen wir mit Ihnen und den Gemeinderatsfraktionen, schauen, dass wir das möglichst bald in die Wege leiten können.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Ich und die KULT-Fraktion nehmen den Bericht interessiert zur Kenntnis und werden schauen, ob es eine Mehrheit dafür im Gemeinderat geben kann und was es eventuell kosten würde. Ansonsten haben meine Vorredner fachlich schon alles gesagt. Es ist nichts übrig gelassen worden. Von daher hole ich die Minute von vorhin wieder rein.

Stadtrat Höyem (FDP): Jedes fünfte Jahr kommen neue Worte in Mode. Diese werden so modern und so oft gebraucht und missbraucht, dass sie als leere Klischees enden. Nachhaltig ist gerade so ein Wort. Eigentlich ist der Inhalt und die Meinung nur so etwas wie politisch korrekt. So auch in dieser ideologisch korrekten Beschlussvorlage. Leider wissen die Menschen nicht, was für sie am besten ist. Sie beharren stur darauf, gegen ihr eigenes Wohl zu handeln. Sie argumentieren sogar für diese Sturheit. Ich zitiere aus der Beschlussvorlage: Einige dieser Stellen verwenden Bio-Lebensmittel in geringerem Umfang, ebenso regionale und saisonale Produkte. Meist befürchtet man so erwartete Mehrkosten, die nicht an die Kundschaft weitergegeben werden können sowie mangelndes Interesse der Kundinnen und Kunden. Also etwas altmodisch: Mehrkosten und mangelndes Interesse. Dagegen müssen wir kämpfen. Wenn die Menschen nicht wissen, was am besten für sie ist, dann haben wir, die politisch Korrekten, einen großen Handlungsbedarf. Eine Fachberatung ist zudem sehr hilfreich. Also wenn die Leute nicht verstanden haben, was am besten ist, um eine möglichst große Akzeptanz zu erzielen, würde eine Motivationskampagne erforderlich. Es kostet zwar 3.000 Euro pro Jahr, aber wo kann man überhaupt besser Geld ausgeben als Menschen zu belehren, wenn sie das noch nicht verstanden haben. Klar muss die Stadt auch einen Zuschuss geben, aber es sind nur 200.000 Euro pro Jahr, eigentlich überhaupt nicht wert, es zu nennen.

Falls alle diese Leute in Schulen, in Kitas, in Kantinen und öffentlichen Einrichtungen trotz Fachberatung, trotz Motivationskampagne, Praxisbegleiterin, flankierenden Maßnahmen und 200.000 Euro Extrakosten noch nicht die Botschaft verstanden haben, dann haben wir das endgültige Mittel: Die Kriterien könnten in den Leistungsverzeichnissen bei Beauftragungen verpflichtend eingearbeitet werden. Wenn die Menschen

nicht freiwillig unsere nachhaltige Botschaft lernen wollen, dann müssen wir sie dazu zwingen: Aber nicht mit liberalen Stimmen.

Der Vorsitzende: Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Es ging jetzt um Kenntnisnahme. Den Wortbeiträgen entnehme ich, dass Sie das zur Kenntnis genommen haben. Das sehen Sie alle so.

Ich darf für das Protokoll feststellen, dass Frau Stadträtin Dr. Leidig sich entschuldigt hat, weil es ihr gesundheitlich nicht gut geht.

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
17. Mai 2016